

## Bericht aus dem Gemeinderat – Sitzung vom 19.11.2015

<b>3.1</b>	<b>Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 82 (ehemaliges Katastrophenschutzgelände der MUNA); Übertragung des Vorhabens auf den Bau- und Umweltausschuss</b>
	<p>Hintergrund: Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 24.07. 2014 den Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplans Nr. 82 beschlossen. In der Sitzung vom 29.01.2015 hat das Bürgerforum den Antrag zur Gründung einer Arbeitsgruppe ohne Beschlussfähigkeit gestellt (sh. Antrag im Anhang). Dieser wurde mit 16:1 beschlossen (sh. Auszug der Niederschrift im Anhang). Bürgermeister Dr. Straßmair hat als einziger dem Antrag nicht zugestimmt, da er rechtliche Bedenken geäußert hat. GR Schlick und die Mitglieder des Bürgerforums können die rechtlichen Bedenken des Bürgermeisters hinsichtlich einer Arbeitsgruppe nicht teilen, da es in der Arbeitsgruppe lediglich um die Vorbereitung von Entscheidungen gehen soll und die Diskussion um (Alternativ)Möglichkeiten, etc. im Vordergrund stehen soll.</p> <p>In der Sitzung wies GR Andreas Schlick daraufhin, dass die Bildung einer Arbeitsgruppe mit zwei Vertretern je Fraktion den Vorteil hat, tiefgehend und grundsätzlich die zukünftige Entwicklung Standortes zu besprechen. Eine konzeptionelle Standortplanung mit Zeit-, Kosten—und Umsetzungsplanung hätte u.a. den Vorteil, Klarheit zu schaffen, hinsichtlich der weiteren zeitlichen Abfolge und der weiteren Schritte bis zum Abschluss. Zudem dürfen die zahlreichen Nutzer des Areals nicht aus den Augen verloren werden. Aktuelle Nutzer sind Firmen, deren Weiterbetrieb in Frage gestellt ist, sowie Vereine, Seniorenclubs, etc. die beispielsweise die Halle K und den Gemeindestadl nutzen. Hier sollten Standortalternativen überlegt und vorgeschlagen werden. In Folge sind die Regelung der Vergabe der Grundstücke bis hin zu den Verkaufspreisen sowie die Nutzungsmöglichkeiten abzuklären.</p> <p>Die Arbeitsgruppe hat im März das letzte und einzige Mal getagt. Es ist laut Bürgerforum nicht nachzuvollziehen, wieso hier nicht mit mehr Nachdruck an der Standortentwicklung weitergearbeitet wurde. <u>Aus dieser Sitzung heraus ist immerhin ein Fragenkatalog entstanden, der die wichtigsten Punkte, wie Baumbestand, Stadl und Halle K, Erschließungsstraßen, Anbindung, Mindestgrundstücksgröße, etc., aufgreift. Wenn die Aufgabe jetzt in den Bauausschuss übertragen wird, so unterstützt das Bürgerforum dies, in der Hoffnung, dass mit Tempo und gleichzeitig Weitsicht an der Standortentwicklung und der Beantwortung der wichtigsten Fragen gearbeitet wird. Begrüßen würden es die GRe des Bürgerforums, wenn der Bauausschuss in Form einer Sondersitzung über dieses wichtige Thema beraten wird.</u></p>
<b>4</b>	<p><b>Ergebnisse der Klausurtagung vom 10.10.2015; Beschluss über die Zurückstellung von Trassenvarianten zur Umgehungsstraße.</b></p> <p>Am 10. Oktober hat eine weitere Klausurtagung des Gemeinderates stattgefunden. An diesem Tag ging es um die Ortsentwicklung in Hohenbrunn sowie um die möglichen Trassenvarianten einer Umgehungsstraße für Hohenbrunn (sh. Ergebnisprotokoll im Anhang). <u>Es wurden-Empfehlungen an den GR im Rahmen einer Negativauswahl ausgesprochen:</u></p> <p>Trasse 1a (Luitpoldstraße in jeglicher Form): Keine Weiterverfolgung mit 11:5 Trassen 2a, b, c (östliche Umfahrung): Keine Weiterverfolgung mit 15: 1 Trasse 3b: Nördlich Autobahn und Riemerling: Keine Weiterverfolgung mit 13:3</p> <p>Bei der Besprechung im Rahmen der GR-Sitzung wurde unter anderem darauf hingewiesen, dass Trasse 1a (Luitpoltstrasse) beim (in nicht so weit in Ferne liegenden) Ausbau der Bahnunterführung (Wächterhof) wieder automatisch relevant werden könnte. GR Braun (CSU) wies daraufhin, dass die Ost-Trassen (2a – c) wieder diskutiert werden sollten, wenn keine anderen Optionen möglich sind. Darüber hinaus wurde überwiegend der Wunsch ausgesprochen, einzeln über die Vorschläge abzustimmen sowie das Wort „Zurückstellen“ im Beschlussvorlag zu streichen und mit „Nicht weiter verfolgen“ zu formulieren.</p> <p><u>Ergebnisse der Beschlüsse bezüglich Trassenausschluss:</u> Trasse 1a): 12:7 Trasse 2a, 2b, 2c): 17:2</p>

	<p>Trasse 3b): 17:2          Verbliebene Varianten: (siehe Übersichtsplan im Anhang)          Folgenden zusätzlichen Hinweis im Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung: Konkrete Realisierung und der weitere Verlauf wird in erster Linie abhängig sein von den Gesprächen, die im Zusammenhang mit dem Grundstückserwerb (Bürgermeister) geführt werden.</p>
<p><b>5</b></p>	<p><b>Erlass einer Satzung für den Behindertenbeirat</b>          Bereits in der Sitzung am 26. Feb 2015 wurde die Einrichtung eines Behindertenbeirats beschlossen. Zugleich wurde die Verwaltung mit der <u>Erarbeitung einer entsprechenden Satzung</u> beauftragt.          Hohenbrunn will durch die Einrichtung eines Behindertenbeirats die <u>Selbstbestimmung, Diskriminierungsfreiheit und gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung in Hohenbrunn voranbringen und die Kernforderungen der UN-Behindertenrechtskonvention</u> umsetzen. Der Beirat soll den Erfahrungsaustausch behinderter Menschen fördern, Vorschläge zur Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse einbringen und die Gemeinde bei der behindertengerechten Gestaltung und Ausstattung öffentlicher Gebäude und Verkehrsräume beraten. Dieses Ansinnen wird durch die nun beschlossene Präambel der Satzung des Behindertenbeirats zum Ausdruck gebracht.          Weiterhin sollte die Satzung die <u>Aufgaben, Rechte und Pflichten des Beirats</u> regeln wie auch die Wahlmodalitäten und das Thema Vergütung für dieses Engagement.          Der erste durch die Verwaltung vorgelegte Entwurf hatte einige dieser Eckpunkte nicht berücksichtigt. Der ursprüngliche Abstimmungstermin für die Verabschiedung einer Satzung wurde daher verschoben. GRin Miller wie auch weiteren Mitgliedern des Gemeinderates war es ein besonderes Anliegen, dass der <u>Behindertenbeirat in einer freien Wahl bestimmt</u> wird. Das aktive und passive Wahlrecht haben Menschen mit Behinderung (mind. 50% GdB und Gleichgestellte). Dies wurde dann auch mehrheitlich beschlossen. Ebenso wurde auf Intervention von GRin Miller beschlossen, dass die Mitglieder des Beirats <u>zur Ausübung ihrer Tätigkeit eine Erstattung notwendiger Auslagen</u> erhalten.          Die Einrichtung des Behindertenbeirats ist für das 1. Quartal 2016 geplant.</p>
<p><b>6</b></p>	<p><b>Beauftragung der AWO zur Änderung der Gebührensatzung für die Mittagsbetreuung</b>          Das Defizit der Mittagsbetreuung ist in den letzten Jahren stetig angestiegen. Die Mittelanmeldung für den Haushalt 2016 ergab hier ein Betriebsdefizit von 135.000 EUR, in den Jahren zuvor betrug das Defizit:          2015 (geschätzt): 120.100 EUR          2014: 99.809 EUR          2013: 87.624 EUR          2012: 113.607 EUR          2011: 86.242 EUR          Haushalt 2016: geschätztes Betriebsdefizit € 135.000,-          Die Verwaltung schlägt laut <u>Beschlussvorlage vor, das Defizit auf € 100.000,- zu deckeln</u>. Damit soll die Deckelung ausschließlich über eine Erhöhung der Gebühren erreicht werden.          Einsparungen im Wirtschaftsbetrieb der AWO sollten nicht angeregt und diskutiert werden.  <u>Das Bürgerforum hat einen erheblichen Klärungsbedarf bei diesem Tagesordnungspunkt gesehen.</u> Zum Einen wurden <u>die Betroffenen, d.h. die Eltern der 110 angemeldeten Kinder im Vorfeld der geplanten und diskutierten Gebührenerhöhung nicht informiert</u>, geschweige denn in diesen Prozess mit eingebunden. Leider wiederholt sich hier die Vorgehensweise der Gemeinde und der AWO vom Juli 2014 (Umzug der Mittagsbetreuung). Die Eltern haben im Vorfeld der Sitzung mit einem Schreiben betont, dass eine Erhöhung nachvollziehbar ist, jedoch nicht die Steigerung zwischen 44 und 61%.</p>

	<p>Die Verwaltung lehnte den Wunsch der Eltern ab „Im Sinne einer einvernehmlichen Vorgehensweise ... die vorgesehenen Änderungen der Gebührensatzung im Vorfeld mit uns Elternvertretern zu besprechen...“ (sh. Anhang). Es bleibt festzuhalten, dass der Prozess der Entscheidungsfindung wieder sehr bürgerfern gelebt wurde.</p> <p>Gesamtheitlich beurteilte das Bürgerforum die Beschlussvorlage als unausgereift. Die AWO hat sich in einem Vorgespräch sehr erstaunt gezeigt, dass der vorgelegte Vorschlag zur Gebührenerhöhung ohne weitere Abstimmungsgespräche mit der Verwaltung als Beschlussvorlage dem Gemeinderat vorgelegt wurde. <u>GRin Miller beantragte die Vertagung des Antrags mit dem Hinweis, die Verwaltung sollte zuerst mit der AWO Gespräche und Verhandlungen führen. Das Ziel sollte sein, das prognostizierte Defizit zu senken und damit eine Gebührenerhöhung in einem tragbaren Maß für die Eltern und Betroffenen zu erreichen.</u></p> <p>Bedauerlicherweise wurde dieser Antrag zur Geschäftsordnung mehrheitlich abgelehnt. Die Beschlussvorlage der Verwaltung erhielt die Mehrheit. Bürgermeister Straßmair verschärfte die Beschlussvorlage noch um den Zeitpunkt der Erhöhung. Er fügte ein, dass diese zum nächst möglichen Zeitpunkt umgesetzt werden muss und nicht, wie es angemessen gewesen wäre mit Beginn des neuen Schuljahres. Zu einem Zeitpunkt an dem in der Regel Neuerungen und Änderungen in Betreuungsverträgen vorgenommen werden. Von einer einvernehmlichen Vorgehensweise kann bei der Diskussion dieses Tagesordnungspunktes nicht gesprochen werden. Schade, erneut eine verpasste Chance unseres Bürgermeisters und der Verwaltung Bürgeranliegen ernst zu nehmen.</p>
7	<p><b>Antrag auf Errichtung von Sitzgelegenheiten für den Pausenhof durch das Bürgerforum</b></p>
	<p>Erneut findet sich der Antrag des Bürgerforums über die Errichtung von Sitzgelegenheiten für den Pausenhof der Grundschule in Riemerling auf der Tagesordnung. Das Bürgerforum hatte mit diesem Antrag für die GR Sitzung am 25. Juni 2015 eine Bedarfsanmeldung der Riemerlinger Grundschule aufgegriffen, die durch den Bürgermeister nicht genehmigt worden war. Aus Sicht der Schulleitung sollten die beantragten Tische und Bänke für die SchülerInnen erheblich zu einer Verbesserung der Pausenzeiten beitragen, da die Gestaltung des Schulhofes in angemessenem Umfang sowohl Bewegungs- wie auch Ruhebereiche bieten sollte, was bis dato nicht der Fall ist.</p> <p>Bürgermeister Dr. Straßmair legte in der Juni-Sitzung einen Antrag zur Geschäftsordnung über Nichtbefassung des vorliegenden Antrags zur Errichtung der Sitzgelegenheiten vor. Die Mehrheit des Gemeinderats lehnte dies ab.</p> <p>Leider versäumte der Bürgermeister im Juni über den Antrag des Bürgerforums abstimmen zu lassen. Dies mahnte die von ihm eingeschaltete Kommunalaufsicht an. <u>Straßmair betonte, dass Prinzipien und Gesetze einzuhalten sind.</u> Dazu schließt seiner Meinung nach die Geschäftsordnung eine Befassung eines solchen Antrags nicht aus. <u>Fraktionsübergreifend stellten die Mitglieder des Gemeinderates fest, dass sie ein solches Vorgehen nicht nachvollziehen können.</u></p> <p>Interessant ist hierbei, dass der Bedarf seitens der Schule bereits vor über einem Jahr festgestellt wurde, die Kinder der Grundschule seitdem auf diese Sitzgelegenheiten warten. <u>Im Haushalt 2016 wurde diese Position nun endlich aufgenommen,</u> so konnte GRin Miller den Antrag unter Hinweis auf den strittigen und ineffektiven Verlauf zurückziehen. Die Realisierung der Sitze und Bänke auf dem Pausenhof ist nun, ein Jahr später und fünf Monate nach Antragseinreichung des Bürgerforums möglich. <u>Diese Verzögerung, durch Prinzipienreiterei und politischem Kalkül ausgelöst, wirft wahrlich kein gutes Bild auf die Hohenbrunner Familienpolitik.</u> Unabhängig davon hat der Gemeinderat in den vergangenen Jahren bereits des Öfteren (z.B. Blumenkübel, Bänke, Fahrradständer) über Anträge dieser Größenordnung diskutiert und abgestimmt.</p>

<b>10</b>	<b>Anfragen aus dem Gremium, Verschiedenes</b>
	<p>GR Schlick fragte erneut an, ob die in der Gemeinderatssitzung, vom 24. November 2015, gezeigte <u>Präsentation des Schulareals in Riemerling, an die GRe übermittelt werden kann. Diese Anfrage lehnte Dr. Straßmair ab.</u> Die Präsentation kann erst zur Verfügung gestellt werden, sobald dies vom Schulverband gewünscht ist. Großes Erstaunen bei den Kollegen in der Runde: <u>Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, diese den Mitgliedern des Gemeinderates zukommen zu lassen, wenn diese ohnehin bereits in der Sitzung gezeigt wurde.</u></p>

**Protokoll geschrieben von**

**[Wolfgang Gösswein]**